

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Jüngsten unter den Malern freilich sehen in Böcklin bereits den Bahnbrecher ihrer Zukunft. Der Impressionismus hat die Führung der heranwachsenden Generation verloren. Die Entscheidung ist im Grunde längst gefallen, wenn auch Vielen erst die Ausstellung die Augen darüber geöffnet hat. Böcklin hat sich als viel stärker erwiesen als seine Richter und Vormünder.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Betrachtungen zum Geschäftsbericht des Bundesrates für das Jahr 1926.

Nach Art. 102, Absatz 16 der Bundesverfassung „erstattet der Bundesrat der Bundesversammlung jeweilen bei ihrer ordentlichen Sitzung Rechenschaft über seine Einrichtungen, sowie Bericht über den Zustand der Eidgenossenschaft im Innern sowohl als nach außen.“ Diese Bestimmung der Bundesverfassung wird heute seitens des Bundesrates nur noch zum Teil befolgt. Was der Bundesrat jetzt alljährlich der Bundesversammlung vorlegt, bezeichnet er selbst als „Bericht über seine Geschäftsführung“. Das entspricht der „Rechenschaft über seine Einrichtungen“ des Art. 102. Was aber in der, für das Jahr 1926 beispielsweise 826 Druckseiten betragenden Rechenschaftsablegung fehlt, ist der „Bericht über den Zustand der Eidgenossenschaft im Innern sowohl als nach außen“. In diesem Mangel ist kaum das Walten eines Zufalls zu erblicken. Vielmehr dürfte darin ein kennzeichnendes Merkmal unseres heutigen politischen Zustandes zum Ausdruck kommen. Das Verwaltungsmäßige, das Überwuchern kleiner und kleinster Einzelaufgaben schwächt den Blick für das Ganze, verunmöglicht die Gesamtchau. Unsere oberste Landesbehörde verliert zusehends den Charakter einer politischen Behörde und wird mehr und mehr zur reinen Verwaltungsbehörde. Darin liegt eine tödliche Gefahr für unser gesamtes staatliches Dasein. Denn Staat ist nicht in erster Linie Bürokratie, d. i. Verwaltung, sondern Politik, d. i. Führung. Man blättere ein wenig in den 826 Seiten dieses „Geschäftsberichtes“. Mit Bienenfleiß findet sich da zusammengetragen, was im Berichtsjahr irgendwie die Schubladen der sieben Departemente in Bewegung setzte. Wichtiges neben Unwichtigem, kein Gegenstand besonders unterstrichen oder hervorgehoben, einer an den andern angereiht, wie es die fortlaufende Nummerierung verlangt. Man soll wahrlich den Wert einer sauberen Verwaltung nicht unterschätzen. Aber wo es nur noch Verwaltung gibt, erstickt das Schöpferische. Im Übermaß der Verwaltungsgeschäfte geht die politische Urteilsfähigkeit, d. h. eben das, was zu einem zusammenfassenden Urteil und „Bericht über den Zustand der Eidgenossenschaft im Innern sowohl als nach außen“ überhaupt nur befähigt, verloren. Wo aber kein Urteil über den wirklichen Zustand der Eidgenossenschaft im Innern und nach außen vorhanden ist, kann auch nicht entsprechend gehandelt werden, d. h. es fehlt die politische „Leitung“, die doch nach Absatz 1 Art. 102 der Bundesverfassung zu den „Befugnissen und Obliegenheiten“ des Bundesrates gehörte. Dieser Punkt, die Entlastung von den Geschäften, wird bei einer Neuordnung der Stellung des Bundesrates in einer künftigen Gesamtrevision der Bundesverfassung auch berücksichtigt werden müssen.

Die Juni-Session der Bundesversammlung wird wie üblich Gelegenheit zur Aussprache über einzelne Punkte der bundesrätlichen „Leitung der eidgenössischen Angelegenheiten“ geben. In außenpolitischer Hinsicht dürfte das aus Anlaß der Erledigung des schweizerisch-russischen Streit-

fallens der Fall sein. Der Geschäftsbericht des Politischen Departements allein über Rußland würde diesen Anlaß kaum geben. Er hebt lediglich hervor, daß die Existenzbedingungen der in Rußland lebenden Schweizer sich nicht gebessert haben. Im Berichtsjahr sind 31 Schweizer von dort zurückgekehrt. Etwa 1000 bis 1100 leben heute noch dort.

Wenig befriedigend ist die Stellungnahme des Bundesrates zu den jüngsten Ausläufern zweier altüberlieferter eidgenössischer Übel: zum fremden Kriegsdienst, wie er heute noch in der Anwerbung zahlreicher Schweizer in die französische Fremdenlegion fortlebt, und zum Unfug ausländischer Ordensverleihung, die bekanntlich gerade in neuester Zeit wieder in einem Umfang auftritt, wie er mit den eigenen Staatsinteressen unvereinbar ist. Betreffs Fremdenlegion beantragt der Bundesrat Abschreibung des Postulates Reinhard vom Juni vorigen Jahres, das den vertraglichen Verzicht Frankreichs auf Anwerbung von Schweizerbürgern für seine Fremdenlegion verlangt hatte, trotzdem im Berichtsjahr dem Politischen Departement wieder 40 neue Fälle angeworbener Schweizer bekannt geworden sind und 22 Anträge auf Befreiung vom französischen Solddienst bei ihm eingingen, von denen nur ein einziger mit Erfolg erledigt werden konnte. Wie lange wohl noch soll diese Kulturschande modernen Helotenwesens unwidersprochen hingenommen werden? — Betreffs ausländischer Ordensverleihung schweigt sich das Politische Departement ganz aus, trotzdem es dem Gegenstand nicht an Zeitgemäßheit gefehlt hätte. Im einen oder andern Rat dürfte aber angesichts der angekündigten Volksinitiative auf Abänderung von Art. 12 der Bundesverfassung im Sinne des Ordnungsverbotes für alle Schweizer bei Androhung des Aktivbürgerrechtsentzugs im Übertretungsfalle doch davon gesprochen werden. Auf jeden Fall muß jetzt schon die ungehörige Art zurückgewiesen werden, mit der — an sich ja begreiflich — die welschen Bändelträger gegen das geplante Ordnungsverbot Sturm laufen, genau wie auch die Angstmeierei vereinzelter deutschschweizerischer Kreise, die von einem solchen Verbot einen erneuten „Graben“ zwischen welsch und deutsch glauben befürchten zu müssen. Wir leben doch wohl in einer Demokratie. Und ist eine Mehrheit entschlossen, der unwürdigen und staatsgefährlichen ausländischen Knopflochdeforierung einen Kiegel zu schieben, so entscheidet eben diese Mehrheit. Ein Staat, in dem eine Mehrheit von einer im Staatsinteresse als notwendig erkannten Maßnahme aus bloßer Rücksicht auf die Liebhabereien einer Minderheit und die Zwängerei eines verwöhnten Kindes absehen wollte, hätte gezählte Tage.

Über das Kapitel Freizonen äußert sich der Bericht in 12 Zeilen; darunter folgenden: „Der (französische) Senat, der von inneren Fragen stark in Anspruch genommen war, hat die Behandlung (der Gutheißung der Zonenschiedsordnung) bis zum Jahresende noch nicht in Angriff genommen. Der Bundesrat hält sich immerhin zu der Annahme berechtigt, daß die schwebende parlamentarische Behandlung, die zur Ratifikation der Schiedsordnung führen soll, französischerseits in kurzer Frist zum Abschluß gelangen werde.“ — Wie es sich mit der „starken Inanspruchnahme von inneren Fragen“ verhält, die das Politische Departement dem französischen Senat großmütig als Beweggrund für seine schnöde Verschleppungspolitik unterschiebt, hat man in Bern ja unterdessen merken können. Das wird allerdings den Bundesrat kaum hindern, sich auch weiterhin „zu der Annahme berechtigt zu halten, daß die parlamentarische Behandlung französischerseits in kurzer Frist zum Abschluß gelangen werde“. Wer eben eine Sache nicht mehr durchkämpfen will, der stürzt sich auch in keine Unkosten mehr dafür.

Als sehr unbefriedigend muß ferner auch die Auskunft bezeichnet werden, die der Bericht hinsichtlich der Rheinregulierung gibt. Es heißt da zu dem von der Rheinzentralkommission genehmigten Rheinregulierungsprojekt: „Der Bundesrat behält sich vor, der Bundesversammlung später über das Ergebnis der bereits durchgeführten Untersuchungen über die Wirtschaftlichkeit dieses Projektes Bericht zu erstatten. . . Er hat beschlossen, mit Deutschland und

Frankreich über die mit der Ausführung der Regulierung zusammenhängenden Fragen Verhandlungen aufzunehmen. Zu diesem Zweck ist eine ... Delegation ernannt worden." — Also so weit stehen wir mehr als zwei Jahre nach Genehmigung des von der Schweiz vorgelegten Regulierungsprojektes durch die Rheinzentralkommission. Wie kommt man übrigens dazu, dieser Rheinzentralkommission ein Regulierungsprojekt vorzulegen, über dessen Wirtschaftlichkeit man erst nachträglich Untersuchungen anstellt? In dieser Angelegenheit dürfte doch noch einiges rätselhaft sein! Wann werden die Schleier gelüftet?

In das Kapitel Bevölkerungspolitik fallen die auch noch im Bericht des Politischen Departements behandelten Fragen der Auswanderung von Schweizern und des Aufenthalts und der Niederlassung von Ausländern, wobei es von den letzteren Fragen heißt, daß das Politische Departement sie, weil sie „vermöge ihrer Rückwirkungen auf die zwischenstaatlichen Beziehungen eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung gewinnen, stets auf das Aufmerksamste verfolgt“ habe. Die Einbürgerung kommt dagegen im Bericht des Justiz- und Polizeidepartements zur Behandlung, trotzdem eigentlich Auswanderung von Schweizern und Aufenthalt, Niederlassung und Einbürgerung von Ausländern ein unteilbares Ganzes, eben die schweizerische Bevölkerungspolitik bilden. Dieser Zusammenhang wird im Bericht des Politischen Departements selber mit den Worten hervorgehoben: „Die Zahl der Auswanderer aus der Schweiz läßt sich nicht genau feststellen, doch darf mit Sicherheit angenommen werden, daß sie nicht halb so groß ist, wie die Zahl der Einwanderer (Saisonarbeiter inbegriffen ca. 45,000). Könnten folglich die Auswanderer hier diejenigen Arbeiten verrichten, die Ausländer vollbringen, so müßte in der Schweiz Beschäftigung vorhanden sein. Wohl die meisten unserer Auswanderer sind in der Fremde genötigt, Funktionen zu verrichten, denen sie sich hier nicht unterzogen hätten.“ Mit dieser — an sich sicher richtigen — platonischen Feststellung unserer obersten Behörde ist aber nichts getan. Uns scheint, die Frage der schweizerischen Bevölkerungspolitik verlangte eine noch viel systematischere Bearbeitung, zu der insbesondere auch eine großzügige Aufklärung der Öffentlichkeit und des Volkes gehören würde. An einzelnen Zahlen ist hervorzuheben: Schweizerische Auswanderer nach Übersee im Jahre 1926 rund 5000, sechshundert mehr als im Vorjahr. Darunter befinden sich rund 1800 Bauern, 1500 kaufmännische und Hotel-Angestellte und Diensthöten; 1000 Industriearbeiter. Demgegenüber sind im gleichen Jahre rund 3600 Ausländer einschließlich ihrer Angehörigen durch Einbürgerung Schweizer geworden, davon waren rund 1700 Deutsche, 900 Italiener, 450 Franzosen, 150 Oesterreicher.

Beim Politischen Departement findet schließlich auch noch die Frage des Kapitalexportes Erwähnung. Und zwar in folgendem Sinn: „Die Emission ausländischer Anleihen, selbst gegenüber fremden Regierungen, ist in der Schweiz an keine Genehmigung der Behörden geknüpft. Das hindert aber nicht, daß den in Betracht kommenden Banken nahegelegt wurde, sich im Hinblick auf die Gefahren, die für den Kapitalmarkt und für die schweizerische Währung durch zu weitgehenden oder unzeitigen Kapitalexport entstehen könnten, sich jeweilen mit den Bundesbehörden ins Einvernehmen zu setzen.“ Diese Äußerungen des Politischen Departements werden durch solche des Finanzdepartements ergänzt, in dessen Bericht über Kapitalexport u. a. zu lesen ist: „Es ist klar, daß die Behörden darauf bedacht sein müssen, aus der Gewährung von Auslandskrediten möglichst viele Vorteile für die Volkswirtschaft herauszuholen. . . Je zahlreicher allerdings wieder die Konkurrenten unter den Kapitalgebern auf dem Weltmarkt sein werden, um so schwieriger wird es sein, neben den geschäftlichen Sondervorteilen volkswirtschaftliche Nebenvorteile zu erlangen.“ — Daß die Ausgabe ausländischer Anleihen an keine Genehmigung unserer obersten Landesbehörde geknüpft ist, bedeutet zweifellos einen Mangel unserer Bundesgesetzgebung. Ob allerdings auch bei Bestehen einer entsprechenden Gesetzesbestimmung unsere Kapitalexportpolitik eine viel andere gewesen wäre, möchten wir fast bezweifeln. Dazu ist in unserer Be-

völkerung und Bankwelt der privatgeschäftliche Sinn viel zu stark und der nationale viel zu schwach entwickelt. Trotzdem müßte eine wirklich leitende Behörde alles tun, die nationale Kraftquelle des eigenen Geldüberflusses in solche Bahnen zu lenken, daß daraus dem Volksganzen, d. h. den öffentlichen und nicht nur einzelnen Privatinteressen Vorteil entsteht. Dabei ist keineswegs nur an volkswirtschaftliche Vorteile zu denken, sondern auch an solche allgemein politischer Natur. Im Laufe des letzten Jahres dürfte allerdings bei den großen Anleihengewährungen an Frankreich — zwei- bis dreihundert Millionen Franken — weder in der einen noch in der andern Richtung das Geringste versucht oder erreicht worden sein. Das Geld wurde von schweizerischer Seite bedingungslos gegeben, und kaum in dessen Besitz, behandelte Frankreich die Schweiz in außenpolitischen Fragen wie derjenigen der Zonen und in volkswirtschaftlichen wie derjenigen des Zolltarifs mit vollendeter Rücksichtslosigkeit.

Die Frage des französischen Zolltarifs ist nur eine Teilfrage des schweizerischen Außenhandels überhaupt. Über die Gestaltung des letzteren im verflossenen Jahr seien anhand des Berichts des Volkswirtschaftsdepartements einige Zahlen aufgeführt, die die Verflechtung der schweizerischen Volkswirtschaft in die Volkswirtschaften der andern europäischen und der außereuropäischen Länder veranschaulichen. Der Gesamtumsatz des schweizerischen Außenhandels im Berichtsjahr betrug rund $4\frac{1}{4}$ Milliarden (4230 Millionen Franken). $\frac{4}{7}$ davon fallen auf Einfuhr nach, $\frac{3}{7}$ auf Ausfuhr aus der Schweiz. Die europäischen Länder nehmen mit 1800 Mill. an der Einfuhr und mit 1200 Mill. an der Ausfuhr teil, die außereuropäischen mit 600 Mill. Einfuhr und 630 Mill. Ausfuhr. Der Gesamtumsatz in Europa macht also rund 3000 Mill., derjenige in Außereuropa 1230 Mill. aus. Hier zeigt sich die Entwicklung, die der Krieg für den schweizerischen Außenhandel zur Folge gehabt hat. Vor dem Krieg betrug der Gesamtumsatz mit europäischen Ländern 2630 Mill., mit Übersee bloß 660 Mill. Der außereuropäische Handel machte vor dem Krieg also etwa $\frac{1}{5}$ des gesamten schweizerischen Außenhandels aus, heute fast $\frac{1}{3}$. Dazu kommt, daß die Handelsbilanz mit Europa stark passiv, mit Übersee dagegen (schwach) aktiv ist. Diese Zahlen kommen auch zum Ausdruck, wenn wir den Anteil der politischen — nicht der geographischen — Räume am schweizerischen Außenhandel betrachten. Das englische Weltreich ist im Berichtsjahr an erster Stelle mit 900 Mill. an unserm ausländischen Gesamtumsatz beteiligt (davon fallen 450 Mill. auf Großbritannien, 450 Mill. auf die englischen Dominions und Kolonien). Dann folgen Deutschland mit 730 Mill., Frankreich mit 650, Vereinigte Staaten mit 390, Italien mit 360, österreichische Nachfolgestaaten und Balkan mit 340, Süd- und Mittelamerika mit 230, Belgien-Niederlande einschließlich Kolonien mit 220, Ostasien (China-Japan) mit 110, Iberische Halbinsel (Spanien-Portugal) mit 105, Rußland-Türkei und Randstaaten mit 95 Millionen Franken. Vor dem Krieg stand Deutschland an erster Stelle mit 936 Mill. Das englische Weltreich folgte an zweiter Stelle mit bloß 550 (350 Mill. Großbritannien, 200 Mill. Dominions), Frankreich an dritter mit 490, Vereinigte Staaten an vierter mit 310, Italien an fünfter mit 300 Mill. Der Außenhandel mit dem englischen Weltreich ist heute nicht nur wegen seiner absoluten Höhe bedeutungsvoll, sondern auch weil er mit 100 Mill. für uns aktiv ist (400 Mill. Einfuhr aus, 500 Mill. Ausfuhr nach Ländern des englischen Weltreiches). Eine aktive Handelsbilanz haben wir außerdem nur noch mit den Vereinigten Staaten (190 Mill. Einfuhr, 200 Mill. Ausfuhr); Ostasien (30 Mill. Einfuhr, 80 Ausfuhr); Iberische Halbinsel (40 Mill. Einfuhr, 65 Ausfuhr). Mit den europäischen Kernländern ist unsere Handelsbilanz passiv. Die Schweiz gehört durchaus mit zu den europäischen Leidtragenden, die nur im außereuropäischen Handelsverkehr noch aktive Handelsbilanzen zu erzielen vermögen. Das Verhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr in Millionen Franken ist gegenüber Deutschland 460 : 270, gegenüber Frankreich 500 : 150, gegenüber Italien 250 : 110, gegenüber österreichischen Nachfolgestaaten und Balkan 190 : 150.

Bekanntlich ist nun das schon jetzt auf die Dauer untragbare Verhältnis

zu Frankreich (500 Mill. Einfuhr, 150 Mill. Ausfuhr) im Begriff, sich durch den neuen französischen Zolltarif derart zu verschlechtern, daß schätzungsweise bei dessen Inkrafttreten die schweizerische Ausfuhr nach Frankreich nur noch 30 Mill. betragen würde. Ob sich durch die in Aussicht stehenden Handelsvertragsverhandlungen eine wesentliche Besserung erzielen lassen oder ob es zu dem bereits von offizieller Seite angedeuteten schweizerisch-französischen Zollkrieg kommen wird, muß die Zukunft lehren. Auf jeden Fall wird die seit einigen Wochen in Genf tagende sogenannte Weltwirtschaftskonferenz, die vom Völkerbundsrat einberufen worden ist, um nach Abhilfen für die unbefriedigende allgemeine Weltwirtschaftslage zu suchen, darauf ohne Einfluß sein. Uns will eben scheinen, daß diese neueste Veranstaltung des Völkerbundes an der gleichen falschen Voraussetzung leide, wie alle seine anderen Veranstaltungen: daß es so etwas wie eine „Welt“-Politik, in diesem Falle „Welt“-Wirtschaft gebe und daß nicht die nationalen Staaten als Schöpfer und Träger des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs zugleich die bestimmenden Faktoren dieses Verkehrs, der „Weltwirtschaft“ seien. Zum mindesten liegt auch dieser sog. Weltwirtschaftskonferenz die gleiche Überschätzung der Wirkung propagandistischer Kundgebungen zugrunde, wie aller Völkerbundstätigkeit überhaupt. Solche allgemeine Richtlinien über die wünschenswerteste internationale Handels- und Zollpolitik aufzustellen, wie es die Genfer Konferenz jetzt tut, ist schließlich ein ziemlich harmloses und auch billiges Vergnügen. Entscheidend ist doch immer, ob der einzelne Staat sie unter den jeweiligen Umständen befolgen kann und will. So wird auch das künftige schweizerisch-französische Verhältnis in wirtschaftlicher Hinsicht ausschließlich von den Interessen und der Machtlage der beiden Staaten und nicht von irgendwelchen schönen Erkenntnissen und Richtlinien internationaler Schwabkonferenzen bestimmt werden.

Zum Schluß sei noch kurz auf das Kapitel Elektrizitätswirtschaft hingewiesen. Dieses finden wir merkwürdigerweise im Bericht des Departements des Innern untergebracht. Es erscheint dort im Tätigkeitsbereich des Amtes für Wasserwirtschaft, gehörte aber zweifellos eigentlich in das Departement für Volkswirtschaft, so gut wie etwa die „Getreideverwaltung“, aus deren Bericht übrigens erfreulicherweise zu entnehmen ist, daß im Geschäftsjahr „die einheimische Getreideernte zur Brotversorgung 149,860 Tonnen beisteuerte, d. h. rund 30 % unseres Gesamtverbrauches an Brotgetreide“. Was der Bericht des Departements des Innern über die Inlandsversorgung unserer Elektrizitätswirtschaft zu verzeichnen weiß, vermag denn auch keineswegs zu befriedigen. Es heißt da: „Wir haben in unserm Bericht vom 27. März 1925, mit welchem wir das Postulat Grimm beantworteten, darauf hingewiesen, daß wir die Regelung der Elektrizitätswirtschaft, insbesondere mit Rücksicht auf eine zweckmäßige Versorgung des Inlandes mit elektrischer Energie, weiter verfolgen werden... Das Amt für Wasserwirtschaft hat inzwischen Untersuchungen über die praktisch in Frage kommenden Lösungen angestellt. Diese Arbeiten werden noch fortgesetzt. Es ist selbstverständlich, daß derart weitgehende Untersuchungen, wie sie die Frage der Erweiterung der Gesetzgebung auf dem vielgestaltigen Gebiete der Elektrizitätswirtschaft darstellen, mit aller Sorgfalt durchgeführt werden müssen.“ — Alle Sorgfalt in Ehren, mit der der Bundesrat seine Untersuchungen durchführt. Je länger wir aber mit einer durchgreifenden Regelung und Ordnung unserer Elektrizitätswirtschaft zuwarten, desto schwieriger und vor allem kostspieliger wird sie sich einmal gestalten. Für ein Industrieland, wie die Schweiz, das über keine Rohstoffe verfügt, ist aber eine zweckmäßige Elektrizitätsversorgung künftig einfach eine Lebensfrage.

* * *

Wenn wir in dieser letzteren, wie in den meisten der oben herausgegriffenen Fragen die initiative Führung der obersten Landesbehörde, die zusammenfassende Herausarbeitung und Inangriffnahme der Probleme, deren Bewältigung für ein gedeihliches Weiterleben unseres Staates und Volkes unumgänglich ist, vermissen, so soll die Verantwortung dafür keineswegs allein dieser Behörde zugeschoben werden. Gerade in einer Demokratie ist eine Regierung in

weitem Maße auf ihre Auftraggeber, auf Volksvertretung und Volk angewiesen. Und versagen diese, so muß notwendigerweise letztendlich auch die Regierung versagen. In diesem Zirkel befinden wir uns heute zweifellos. Das Volk verwirft Vorlage um Vorlage. Man denke an die allerjüngste Abstimmung über das Automobilgesetz, oder über die Getreidevorlage vom Dezember vorigen Jahres. Wenn dabei der ablehnende Entscheid einzig in sachlicher Gegnerschaft gegen den vorliegenden Gegenstand bestünde. Das ist aber bei einem sehr großen Teil der Nein-Sager nicht der Fall. Man denke an die 200,000 Nein gegen die Vorlage betreffs Beitrag an die Alpenstraßen. In solcher grundsätzlicher Verneinung kommt zum Ausdruck, daß weite Volkskreise kein Vertrauen zur Landesregierung mehr besitzen. Mit dem verwerfenden Stimmzettel bekunden sie ihre Unzufriedenheit. Was soll aber eine Regierung einer solchen Einstellung weiter Volkskreise, die ihr jede gesunde Initiative verunmöglicht, gegenüber tun? Vom Standpunkt der Regierung aus versagt das Volk. Vom Standpunkt des Volkes aus die Regierung. Und die Volksvertretung ist zur Handlungsunfähigkeit oder zum mindesten zur Unfähigkeit zu großzügiger aufbauender Staatsstätigkeit verurteilt, weil sie keine Mehrheitspartei mit einer einheitlichen Willensrichtung besitzt und auf Mehrheitsbeschlüsse angewiesen ist, die nicht auf sachlichen, im Gegenstand selbst liegenden, sondern auf Parteierwägungen beruhen. Das ist der Zirkel, zu dessen Überwindung heute da und dort Abschaffung der Verhältniswahl, Einführung eines Pluralwahlrechtes, Einschränkung der Befugnisse der Volksvertretungen, Hebung der Regierungsautorität, ja selbst Diktatur empfohlen wird.

Es wird mit diesen Dingen bei uns gut Weil haben. Ein Volk, dessen Staat immer von unten herauf aufgebaut war, wird sich ihn schwerlich künftig von oben herab überbauen lassen. Wir leben gewiß heute in einem Zeitabschnitt vollkommenster politischer Stagnation. Man werfe nur einen Blick auf einige der jüngsten kantonalen Wahlen (Tessin, St. Gallen, Luzern). Was war dabei das Ergebnis des jeweiligen, ganz ungeheuerlichen Kraftaufwandes: das Kräfteverhältnis ist sich — abgesehen von unwesentlichen Verschiebungen — gleich geblieben. Nirgends der Durchbruch einer neuen geschlossenen staatspolitischen Willensrichtung. Es ist lediglich um die Wahrung des bisherigen Besitzstandes gekämpft worden. Wie sollen wir diese Erscheinung deuten? Sie ist eine ganz unvermeidliche Reaktion gegen den Geist der Zerfetzung, gegen das Schwägertum und die Herrschaft der Oberflächlichkeit, die das öffentliche Leben des letzten Jahrzehntes regiert haben. Die ganz gleiche Erscheinung läßt sich im gesamten mitteleuropäischen Kulturkreis und darüber hinaus beobachten. Wir brauchen eine Atempause, in der wir den innerlichen Anschluß an Vergangenheit und Überlieferung wieder gewinnen, eine Zeit der Sammlung der Kräfte, der Selbstbesinnung auf Etwas, was den Einsatz der Persönlichkeit lohnt. Jede Diktatur würde heute in der Luft stehen. Denn auch sie braucht politische Soldaten. Und die sind erst im Heranwachsen begriffen. Sind sie aber einmal herangewachsen, dann braucht es keine Diktatur mehr. Politik ist der ständige, nie ruhende Kampf um die Führung. Warum sollte die viel gescholtene Demokratie kein geeigneter Kampfplatz dafür sein? Was augenblicklich da und dort im Lande als Scharfmacherei gegen Links rumort, ist nur der letzte Ableger des Schwäher- und Maulheldentums der vergangenen Jahre. Zur wirklichen Politik gehört Ernst, Tiefe und Schweigsamkeit.

Zürich, den 21. Mai 1927.

Hans Dehler.

Randbemerkungen.

In der „N. Z. Ztg.“ wird zum 16. Mai eine Rechnung über die Vorteile des Eintrittes der Schweiz in den Völkerbund aufgestellt und darin im „Haben“ angeführt: Sitz des Völkerbundes, Zubilligung der differenzierten Neu-

tralität und Einfluß unserer Delegierten bei wichtigen Fragen. Das erste ist nicht zu bestreiten; ob aber das Zusammenströmen der Völkerbundsleute mit ihrem jeweiligen Troß, abgesehen für einen Teil von Gewerbetreibenden, namentlich in geistig-sittlicher Hinsicht für Genf ein Vorteil sei, muß füglich bezweifelt werden, weil das für die Schweiz an Genf Wertvolle: sein eigenes in einer ruhmvollen Vergangenheit gebildete Wesen schwer und zu seinem Nachteil von dem planetarischen Sammelsurium beeinträchtigt werden muß. Die Gewährung der differenzierten Neutralität ist, wie schon die Wortbildung zeigt, eine Mißgeburt und vom Einfluß unserer Delegierten vermögen wir nichts Ersprießliches wahrzunehmen. Und nun gar die rührende Bescheidenheit im Bericht über die letztjährige Tätigkeit des Völkerbundes: außer der Aufnahme Deutschlands wird aufgezählt, daß der serbische König Leute, welche aus religiösen Gründen den Militärdienst verweigert hatten und dafür zu harten Strafen verurteilt worden waren, begnadigt hat; als ob er das nicht — je nach Umständen — auch ohne die verehrliche Völkerbundsliga hätte tun können und als ob so etwas sonst noch nie vorgekommen ist und nicht noch ganz andere Ungerechtigkeiten gegen die Minderheiten abzustellen wären! Aber noch ergreifender ist es, zu hören, daß die Engländer den Völkerbund über seine Absichten in China in Kenntnis gesetzt, und damit die größte Macht: die öffentliche Meinung der Welt anerkannt haben. Was ist das für eine Vorstellung?! Die „öffentliche Meinung der Welt“: doch wohl ohne Rußland, was vielleicht nicht viel bedeutet; aber auch ohne Amerika, dessen öffentliche Meinung kaum darauf abstellt, was die englische Regierung den Herren vom Völkerbund mitzuteilen beliebt! Und für Frankreich ist das jedenfalls auch nicht von Belang und für Deutschland? Schwerlich. Bleiben eigentlich nur die Freunde des Völkerbundes an sich, die sich gerne im Gefühle ihres Welteinflusses, als öffentliche Meinung sonnen. Aberdies haben die Engländer schon viel früher verstanden, die öffentliche Meinung für sich zu machen und es mag sein, daß ihnen diese Tätigkeit durch das Bestehen des Völkerbundes erleichtert wird, da die Teilhaber der öffentlichen Meinung so hübsch beisammensitzen, aber als ein „Weltgewissen“ anerkennen doch am allerwenigsten die Engländer die „öffentliche Meinung“, da sie es wie kaum andere verstehen, diesem ganz traurig unselbständigen Machthaber die Kappe aufzusetzen, die ihnen beliebt, woraus ihnen selbstverständlich kein Vorwurf gedreht werden soll. Da sonst nichts Ruhmensewertes von der Tätigkeit des Völkerbundes aus eingeweihten Kreisen zu berichten ist, so wird man es uns nicht verargen, daß auch wir nichts des Aufhebensewertes wahrzunehmen vermögen, immerhin anerkennen, daß nunmehr Redenhalten nicht als Leistungen erklärt werden.

* * *

Es haben sich Leute im vorderen Range zusammengetan, um Karl Spitteler ein Denkmal zu stiften: Platz und Künstler sind im engsten Kreise bereits festgelegt worden. Gut so und nur gar keine Einwendung, daß weder Gotthelf, noch Keller ein Denkmal haben, auch Böcklin nicht noch Jakob Burckhardt, noch J. J. Bachofen! Denn diese bedürfen dieses Beweises ihrer Größe nicht. Wundervoll werden die Reden sein, mit denen Spitteler als der große schweizerische Dichter und Vaterlandsfreund und wahrscheinlich auch als „Demokrat“ gefeiert werden wird, während er dem Volke (Burckhardt und Bachofen als Gelehrte und Weltweise natürlich auch) völlig fremd ist und bleiben wird. Das Denkmal soll übrigens einhunderttausend Franken kosten und wird damit an der Spitze der bisher in unserem Lande einem Einzelnen errichteten Denkmäler stehen, was offensichtlich auch im Verhältnis zur allgemeinen Bedeutung des zu Feiernden steht.

F r i s c h h e r z.

Zur politischen Lage.

Das polnische Pulverfaß. — Polnische Wirtschaft.

In Genf ist in wochenlangen Debatten über die Abrüstung verhandelt worden. Es geschah „unter allgemeiner Aufmerksamkeit“, wie es jeweilen in den Parlamentsberichten heißt, wenn niemand zugehört hat. Das war auch wohlverdient. Denn es muß wie ein schlechter Scherz anmuten, wenn die Vertreter von großen und kleinen Staaten in Duzenden von Sitzungen über Abrüstung verhandeln, während ringsum gerüstet wird wie ... nun wie vor 1914. Die großen Staaten gehen mit dem guten Vorbild voran und die mittleren und kleineren strengen alle Kräfte an, um ihnen nachzukommen. Ein Beispiel: Südslawien und Italien werfen einander gegenseitig Rüstungen vor; sie haben sicher beide Recht damit! Und so steht es noch an vielen andern Orten.

Nirgends wohl steht man sich jedoch derart gerüstet und mit einem so ehrlichen gegenseitigen Haß gegenüber wie an der polnischen Ostgrenze. Seit den Tagen der Entstehung des neuen Polenreiches hat sich hier nichts geändert. Schon einmal ist der junge Staat unter dem bolschewistischen Ansturm beinahe zusammengebrochen. Er hat dann seinen schließlichen Sieg bis zum äußersten ausgenützt. Gewaltige Landstrecken, bewohnt von Weißrussen und Ukrainern samt einigen polnischen Großgrundbesitzern, sind damals zu Polen geschlagen worden. Die gesamte Bevölkerung der „Ostmarken“, gegen 4 1/2 Millionen Ukrainer und gegen 2 Millionen Weißrussen, steht dem Staate mit unerbittlicher Feindseligkeit, ja mit tiefstem Haß gegenüber. Dieser Staat aber hat hier kein anderes Ziel, als das Volkstum der Bevölkerung zu vernichten. Er versucht es durch schärfste Unterdrückungsmaßnahmen. Er legt das gesamte kulturelle Leben dieser beiden slawischen Minderheiten lahm. Ich will dafür nur eine Tatsache anführen: Nach den Angaben der weißrussischen Zeitung „Przegłob Wilenski“ in Wilna gab es im Jahre 1921 in den drei Wojewodschaften Wilna, Grodno und Nowogrod 514 weißrussische Volksschulen, 1924 waren es noch 22 Schulen, 1926 noch ... 3! Der polnische Staat unterbindet auch nach Kräften die politische Betätigung der slawischen Minderheiten. Und er kolonisiert die Ostprovinzen nach allen Regeln der Kunst. Das heißt er setzt dort so viel wie möglich polnische Ansiedler an. Es ist also in dem ganzen großen Ostgebiet ein Kampf auf Leben und Tod in Gang.

Dieser Zustand wirkt ständig auf die jenseits der russischen Grenze wohnende Hauptmasse der Ukrainer und Weißrussen zurück wie Gift. Die allgemeine Unzufriedenheit im polnischen Grenzgebiet reizt die Moskauer Regierung, die natürlich die Niederlage von 1920 nicht vergessen hat, ständig zum Eingreifen. Zweifellos sind ihre Sendboten immer am Werk. Und sie finden infolge des nationalen Terrors der Polen und der elenden sozialen Lage gegenüber dem polnischen Großgrundbesitz einen guten Boden für ihre antipolnischen und kommunistischen Gedanken. Bandenkämpfe sind deshalb nicht selten. An der Grenze herrscht dauernder Kriegszustand. Und beiderseits wartet man nur auf den günstigen Augenblick, um loszuschlagen.

Grundsätzlich kaum anders, wenn auch in etwas ruhigerer Form, steht die Sache an der polnischen Westgrenze. Die Deutschen bringen wohl von allen ihren Nachbarn den Polen die aufrichtigste Feindschaft entgegen. Auf der Gegenseite ist aber die Stimmung noch viel ausgesprochener. Und man hat gegenüber der zahlreichen deutschen Minderheit in den von Deutschland erworbenen Provinzen auch Gelegenheit, dieser Stimmung Ausdruck zu geben. Ungefähr 1.000.000 Deutsche sind seit 1918 aus Posen, Westpreußen und Oberschlesien abgewandert. Ein Teil wich der nackten Gewalt, ein anderer den vielfachen Bedrückungen. So ist von der deutschen Bevölkerung aus der Zeit vor 1918 nur noch ein geringer Bruchteil vorhanden. An der Vernichtung dieses Restes aber arbeiten die Polen, der Staat, sowie jeder Einzelne mit größtem Eifer. Immer neuer deutscher Besitz wird weggenommen. Man wird sich z. B. an die Beschlagnahme der großen Stickstoffwerke in Oberschlesien erinnern, für die Polen trotz der Entscheidung des Haager Gerichtes die Entschädigung verweigert. Man

bemächtigt sich der großen Industriewerke und wirft dann die deutschen Angestellten und Arbeiter auf die Straße, wie das jetzt in Oberschlesien in großem Umfange geschieht. Man enteignet den Großgrundbesitz im Rahmen der Agrarreform. Dabei nimmt man bis zu 90 % deutschen Besitz weg und verteilt ihn natürlich ausschließlich an Polen. Man macht aber dabei nicht Halt. Man enteignet unter allerlei Vorwänden auch gemeinnützige Anstalten. Aus einer Liste solcher Anstalten vom 15. Oktober des letzten Jahres, übrigens der dritten, nenne ich das Trinkerrettungshaus für die Provinz Posen in Gastfelde, die Evangelische Frauenhilfe in Radzyn, den Deutschen Frauenverein für Armen- und Krankenpflege in Graudenz u. s. w. u. s. w. Dabei wurde u. a. auch die deutsche evangelische Kirche in Arcjanten bei Konik in eine polnisch-katholische umgewandelt. Kurz der polnische Staat weiß seinen deutschen Bürgern das Leben sauer zu machen. Wo das aber nicht genügt, um sie zu vertreiben, da will er auf jeden Fall ihren Einfluß ausschalten. Daher die endlosen Beschwerden über Übergriffe der untern Behörden, über Nichtbestätigung der Wahl von deutschen Gemeindevertretungen u. s. w.

Am schlimmsten tobt der Kampf in Oberschlesien. Dieses Stück ist zuletzt an Polen gekommen. Hier sind die Deutschen nicht abgewandert, sondern haben sich zur Wehr gesetzt. Und die polnische Wirtschaft war so überzeugend, daß die polnisch sprechende Bevölkerung in immer größeren Massen zu den Deutschen übergegangen ist. Da half kein Terror dagegen. So konnten die Gemeindevahlen einen unbestreitbaren deutschen Sieg ergeben. Die Wut der Polen darüber kannte keine Grenzen. Man löste die deutschen Gemeindevertretungen auf, wenn man irgendwie konnte. Bei den Nachwahlen aber knüppelte man die Deutschen einfach nieder. Daneben versucht man mit allen Mitteln die wirtschaftliche Existenz der Deutschen zu vernichten, ihre Organisation zu zerbrechen, ihre Schulen unmöglich zu machen. Und all das geschieht nicht nur unter den Augen der Behörden, sondern unter ihrer Leitung, ganz besonders unter der des Wojewoden von Oberschlesien, d. h. des höchsten Beamten der Provinz. Da ist wahrlich die Stellung Calonders nicht angenehm. Die Polen kümmern sich ja um seine Entscheidungen nicht mehr. Sie kümmern sich ebensowenig um die letzten Abmachungen in Genf. Sie fahren mit ihrem Terror in immer verstärktem Maße fort.

Nimmt man noch die Verhältnisse in Danzig dazu, nimmt man die offen verkündeten polnischen Eroberungsabsichten in Oberschlesien, Ostpreußen u. s. w. dazu, berücksichtigt man die endlosen Schikanen im Korridorverkehr, so begreift man, daß in Deutschland die Stimmung gegen Polen immer schärfer werden muß. Es folgen sich deshalb in Berlin und Warschau scharfe amtliche Rundgebungen. Der Handelskrieg dauert ununterbrochen fort. Er wird auch jetzt für Polen nach der vorübergehenden Erleichterung durch den englischen Kohlenstreik wieder fühlbarer. Es ist also durch den letzten Genfer Kompromiß, der Stresemann in der Heimat schon übel genug angefreidet wurde, ganz und gar nichts erreicht worden. Die Lage ist gespannter als je.

Nicht anders steht Polen auch mit dem litauischen Nachbarn. Hier herrscht ebenfalls Todfeindschaft. So ist Polen rings von Gegnern umgeben, während im Innern die Minderheiten unzufrieden sind und auch sonst viel Zündstoff in den Massen vorhanden ist. Dabei machen die Minderheiten, die zum großen Teil bis aufs Blut drangsaliiert werden, beinahe 40 % der Gesamtbevölkerung aus! Polen gleicht so einem Pulverfaß, das von allen Seiten von Flammen umgeben ist. Es kann, wenn nicht eine gänzliche Veränderung der Verhältnisse eintritt, nur eine Frage der Zeit sein, bis die Explosion von Innen heraus oder auf eine äußere Veranlassung hin eintritt.

Das weiß man in Polen ganz genau. Man hat sich darauf eingerichtet. Wenn je der Militarismus irgendwo zu Hause war, so kann er die heutigen Zustände in Polen nicht übertroffen haben. Besonders seit Pilsudski am Ruder ist, wird die Nation mehr und mehr militarisiert. Überall schießen militärische Vereinigungen aus dem Boden. An der militärischen Vorbildung der Jugend wird eifrig gearbeitet. Das Heer wird ständig ausgebaut. In alle verantwortlichen Staatsstellen kommen zuverlässige Offiziere. So gleicht Polen mehr

und mehr einem großen Heerlager. 270,000 Mann zählt die stehende Armee. 40 % der gesamten Staatsausgaben werden unmittelbar für sie aufgewendet. Kein anderer Staat hat einen gleich hohen Hundertsatz der Militärlasten aufzuweisen.

Diese ganzen polnischen Zustände haben in der letzten Zeit deswegen an allgemeiner Bedeutung gewonnen, weil sie immer mehr in die große Politik hineinspielen. Sie bringen die ernstesten Streitigkeiten in den Völkerbund. Sie scheinen auch immer mehr die Einigung von Locarno zu gefährden. Ganz besonders wichtig werden sie angesichts der Richtung der englischen Politik. Für das Vorgehen gegen Rußland wird England in Polen die bedeutendste militärische Unterstützung an der ganzen russischen Grenze finden können. Es wird sie umso mehr finden können, weil Pilsudski, der Diktator, von jeher für ein Vorgehen gegen Rußland eingenommen war. Die polenfreundliche Haltung Englands kann also gar nicht verwundern. Aber daraus werden neue ernste Schwierigkeiten mit Deutschland entstehen. So hat das polnische Pulverfaß nach allen Seiten verhängnisvolle Wirkungen.

* * *

Ein Bild von den heutigen polnischen Zuständen wäre nun verfehlt, wenn man nicht auch an das erinnern würde, was seit Jahrhunderten in Europa als „polnische Wirtschaft“ sprichwörtlich geworden ist. Diese polnische Wirtschaft besteht im heutigen Staate wieder in vollem Glanze.

Wir haben da einmal die Parteileidenschaft. Das Volk ist in eine Unzahl von Gruppen und Grüppchen zerspalten, die sich gegenseitig mit maßloser Heftigkeit befeinden. Darin hat auch der Staatsstreich Pilsudskis keine Änderung gebracht. Diese Parteileidenschaft feiert z. B. in Oberschlesien wahre Triumphe. Die Parteien bearbeiten sich gegenseitig mit recht handgreiflichen Mitteln. Das hat der langjährige unbestrittene Führer der obererschlesischen Polen, Korsanty, der Organisator der obererschlesischen Aufstände, am eigenen Leibe erfahren müssen. Bitter beklagt sich seine Presse über den Terror, der gegen ihn ausgeübt wird. Versammlungen werden gesprengt, er selbst wird mit Schlägen bedroht u. s. w. Und entsprechend geht es im ganzen Land, Polen gegen Polen und dann wieder in schöner Einigkeit gegen die nationalen Minderheiten.

Zur polnischen Wirtschaft gehört dann die ausgebreitete Korruption. Die polnische Presse ist voll von immer neuen Skandalen. Da wurde in Oberschlesien von Eisenbahnbeamten ein ganzer Zug von 42 Wagen mit Kohle verschoben. Da sind Unterschlagungen in der Armee an der Tagesordnung. In der ganzen Beamtschaft sitzt dieses Krebsübel. Jedermann weiß es. Jedermann kennt die Leute. Abhilfe aber findet man nicht. Die Sache geht eben von zuoberst bis zuunterst. Vielfach ist die Not daran schuld. Die Beamtengehälter sind unzureichend. Aber so kommt natürlich eine grenzenlose Unsicherheit in den ganzen staatlichen Betrieb.

Würdig schließt sich daran die Rechtlosigkeit gegenüber allen staatlichen Funktionären. Da erlaubt sich das Militär Übergriffe gegen die Bevölkerung, ohne daß das scharf geahndet wird. Ein Offizier erschießt einen Chauffeur, weil der ihm nicht lange genug gewartet hat. Ein anderer behandelt einen Straßenbahnangestellten mit dem Säbel, weil er nicht vor der fahrplanmäßigen Zeit abfahren will. Zahlreiche solche Fälle wurden in den Parlamentsverhandlungen aufgezählt. Die Strafen waren immer lächerlich gering.

Ebenso kann sich auch die Polizei alles erlauben. Verprügelung der Untersuchungsgefangenen ist die Regel, aber auch viehische Mißhandlungen bis zum Tode kommen vor. Ein einziges solches Beispiel möchte ich anführen: In Lemberg wurde ein Bankbeamter, gewesener Hauptmann der polnischen Armee, wegen eines Streites mit einem Polizeikommissar verhaftet. Im Untersuchungsgefängnis wurde er drei Wochen lang derart mißhandelt, daß er nach der Einlieferung ins Spital sofort starb. Es waren ihm 22 Rippen gebrochen, der Unterkiefer zerschmettert u. s. w. Er war Tag und Nacht mit eisernen

Stangen und dergleichen von den Gefängniswärtern verprügelt worden. Die Schuldigen erhielten einige Monate Haft, die höhern Beamten 2—3 Tage, bezw. eine Rüge! Man kann sich darnach ungefähr die Zustände unter den politischen Gefangenen vorstellen, deren es einige Tausende gibt; die Angaben schwanken zwischen 4 und 6000. Und entsprechend ist das Verhalten der Polizei, die Willkür der Gerichte auf der ganzen Linie.

Es wäre sehr leicht, aus der Masse des vorliegenden Materials die Beispiele für alle die angeführten Mißstände zu Duzenden anzuführen. Ich will hier darauf verzichten. Das Wenige, das gesagt wurde, wird genügen, um begreiflich zu machen, wie wohnlich ein solcher Staat sein muß. Es wird genügen, um das Versagen des polnischen Staates verständlich zu machen. Man wird danach begreifen, weshalb die oberschlesische Bevölkerung von dieser „polnischen Wirtschaft“ nichts mehr wissen will. Man wird es auch verstehen, daß das ganze wirtschaftliche Leben des Landes unter diesen Zuständen schwer leiden muß. Dagegen kommen alle die guten Eigenschaften des polnischen Volkes, vor allem seine unbegrenzte Vaterlandsliebe, nicht auf. Nimmt man noch die polnische Eroberungsjucht hinzu, die davon träumt, allen Boden, der einmal uner polnischer Herrschaft stand, wieder zu gewinnen, so wird man es nur zu begreiflich finden, daß aus diesem Staate immer neue Beunruhigung kommen muß. Wahrscheinlich deswegen hat man ihm auch einen ständigen Völkerbundsratsitz verleihen wollen.

U r a u, den 26. Mai 1927.

H e k t o r A m m a n n.

Österreich nach den Wahlen.

Nach dem Gewitter der Wahlbewegung, das sich am 24. April luftreinigend entlud, ist eine wohlthuende Abkühlung eingetreten. Gefördert wurde dies durch die Tatsache, daß es auf beiden Seiten, der bürgerlichen und sozialistischen, weder Sieger noch Besiegte gab und beide aus dem Kampfe in ungefähr dem gleichen Kräfteausmaß hervorgingen, wie es vordem bestanden hatte. Im Rathaus behalten die Sozialisten, in der Regierung die Antisozialisten die Oberhand. Wohl aber befundete sich hier wie dort ein starker „Ruck nach links“, während Bundeskanzler Dr. Seipel seine Absicht der Niederrückung der sozialistischen Partei im künftigen Parlament, in der Gemeindevertretung des Landes Wien und den anderen Bereichen der österreichischen Republik trotz der Sammlung der antimarxistischen Wähler zu einer Einheitsfront um seine Fahne nicht durchsetzen konnte. Das Ergebnis der Wahlen befundet, daß die neue Regierung nicht über die für die Legislative erforderliche Zweidrittelmehrheit im Nationalrat verfügt, daher man hier wie bisher auf Kompromisse mit den Sozialisten angewiesen sein wird, ferner, daß im Wiener Rathaus auch weiterhin eine starke sozialistische Mehrheit ihren bisherigen Kurs fortsetzen wird, und weiters, daß in den andern Bundesländern der Widerstreit zweier gegensätzlicher Weltanschauungen fortbauern wird. Wohl ist es im Gefolge der Wahlen der klugen Diplomatie des Bundeskanzlers gelungen, den vormalig widerspenstigen Landbund, der neun Mandate statt der früheren fünf im Nationalrat erobert hat, in den Rahmen der neuen Regierung zu spannen; freilich gegen große Opfer. U. a. mußte der von den Großdeutschen bisher besetzte Vizekanzlerposten den Landbündlern überlassen werden. Aber, ob das neue Kabinett die Belastung mit dem neuen Elemente verträgt — angesichts seiner bisher der christlichsozialen-großdeutschen Regierung grundsätzlich widerstrebenden Haltung — bleibt sehr zweifelhaft; schon sind Proteste maßgebender Landbündler gegen den Eintritt der Partei in die Regierung erfolgt, die nunmehr aus sieben christlichsozialen, zwei Großdeutschen und einem Mitglied des Landbundes zusammengesetzt ist.

Der Unbefangene muß sich fragen, wozu denn der große und kostspielige Wahlapparat und die Leidenschaftlichkeit der Wahlbewegung nötig war, wenn das Ergebnis des Ringens eigentlich nichts wesentlich Neues gebracht hat; so

ähnlich, wie auch bei den neuesten Wahlen in der Schweiz in katholischen und paritätischen Kantonen dies erfolgt ist. In dem Torjostaat Österreich machen jedoch ganz besondere Verhältnisse besondere Gegensätze der einzelnen Bevölkerungsschichten erklärlich. Keiner der im Weltkriege unterlegenen Staaten ist durch den Gewaltfrieden so sehr auf unmögliche Lebensbedingungen gesetzt worden, wie der deutschösterreichische Teil der alten Habsburgermonarchie. Daß alle die, welche um jeden Preis den Anschluß Österreichs an Deutschland verhindern wollen, obenan führende Persönlichkeiten Frankreichs und zuletzt der Rumäne Mitileneu auf der Konferenz der Kleinen Entente in Joachimsthal, dem Aufschwunge der österreichischen Republik Lobsprüche spendeten, kann die nackte Tatsache nicht entstellen, daß sich immer mehr, schon aus der Handelsbilanz, erkennen läßt, daß Österreich ohne den Zusammenschluß mit einem großen Wirtschaftsgebiete nicht auf die Dauer bestehen kann. Es ist unmöglich, ein Land von hoher Kultur für alle Zeit in der Lage zu belassen, daß seine Bevölkerung Frondienste nur im Interesse der Zinsenzahlung leistet. Diese Überzeugung ist in Österreich keine Parteisache mehr, sondern eine Angelegenheit aller wirtschaftlich schwer Bedrückten ohne Unterschied der Partei, eine Angelegenheit breiter Berufsclassen; darin liegt auch der Hauptgrund der Erbitterung, mit welcher der letzte Wahlkampf in Österreich geführt wurde. Bundeskanzler Dr. Seipel, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit sich, mit Anpreisung des Wertes der Gunst Frankreichs für Österreich, für die Souveränität der Republik einsetzt, dies trotz der überwältigenden Mehrheit der Anschlußfreunde seiner Landsgenossen, brachte die Einheitsfront aller Bürgerlichen zuwege, weil er die Gefahr eines vollen Sieges der Sozialisten ganz wohl erkannte, und da ist es begreiflich, daß auch seine Gegner ihren ganzen Heerbann aufboten, um den Angriff abzuwehren.

Was hat aber bewirkt, daß diese Abwehr auch wirklich trotz des Massenaufgebotes der Regierung gelungen ist? Auf den ersten Blick ist zu erkennen, daß eine Scheidung in zwei Fronten nach der differentia specifica „Die Bürgerlicher, die Sozialist“ auf einem Boden, auf dem eine Fülle brennender Existenzfragen die Gemüter bewegen, nicht durchgreifend alle Nichtsozialisten der Bevölkerung erfassen konnte. Die Einheitsfront war in Wirklichkeit keine; schon vor der Wahl traten Parteispitter der Nationalsozialisten, Jüdischnationalen u. s. w. mit Sonderlisten hervor, Grüppchen, welche zwar mit keinem Kandidaten durchdrangen, aber die Stimmenzahl der Regierung schwächten. Am meisten schadete der Einheitsfront die Absage des Landbunds. Es schadete ihr ferner die zuerst verachtete Gegnerschaft des Grazer geistlichen Universitätsprofessors Dr. Ude, der trotz der Behinderungen durch den Hochklerus mit lutherischem Freimut die innere Schwäche der Einheitsfront bloßstellte und statt ihrer die Notwendigkeit einer „Reinheitsfront“ darlegte. Die für seine Partei abgegebenen Stimmen, vornehmlich in Steiermark, bewiesen, daß er bei weitem keine Abnormität darstellte. Geschadet hat der Einheitsfront weiters ein Aufruf Intellektueller, führender Männer aus allen Kreisen geistiger Arbeit, die sich ohne Unterschied der Partei gegen das Aufleben des reaktionären Geistes mit Entschiedenheit auflehnten. Daß sie in den Blättern der Regierung verspottet wurden, goß nur Öl ins Feuer. Der ärgste Stoß gegen die Einheitsfront bestand aber in der Unmöglichkeit, die Sonderinteressen der in ihr zusammenzufoppelnden Berufsstände unter einen Hut zu bringen. Hielt auch die jüdische Geldaristokratie zu den Einheitslern, so stieß den Großteil bedrückter Juden doch der vergeblich abgeleugnete Antisemitismus der Christlichsozialen und Großdeutschen von ihren Reihen ab. Wurde doch der Hakenkreuzler Dr. Kiehl in die Einheitsliste aufgenommen! Die den Hausbesitzern von der Regierung wiederholt gegebenen, im ausgepowerten, von Wohnungsnöten empfindlich bedrängten Österreich völlig unzeitgemäßen Versprechungen auf Lockerung des Mieterschutzes machten die große Masse der Mieter ohne Parteiunterschied den Einheitslern abtrünnig. Dazu kam noch das Heer der um ihre sauren Ersparnisse gebrachten Kleinrentner, der ständig mit ihren Forde-

rungen nach Valorisierung ihrer Bezüge mit fargen Zubesserungen abgesspeisten Beamten und Pensionisten, der durch Hungerpensionen zum Bettel verurteilten Kriegsbeschädigten und der, trotz bescheidenen Rückgangs der Arbeitslosigkeit, auf die zum Leben zu kleine, zum Sterben zu große Arbeitslosenunterstützung Angewiesenen. Die Menge der Notleidenden war der stereotypen Antwort des christlichsozialen Finanzministers Dr. Riebenböck müde, es sei kein Geld da und eine Mehrbelastung der Produktion durch Steuern sei unmöglich. Warum, so hörte man allenthalben, wird dies nicht in Genf vor dem Rat der Völker einbekannt? Ohne Zweifel besteht selbst unter den Christlichsozialen in Hinsicht der Anschlußfrage und der Angleichung an Parteien, die mit dem klerikalen Grundzug der Partei nichts gemein haben, eine nicht zu verschleiende Uneinigkeit. Der großdeutschen Partei war ihre zu wenig lebhafteste Aktivität in nationalen Fragen, so in der des Anschlusses an Deutschland und der der Vergewaltigung deutscher Minderheiten in Gebieten von Ostösterreich, besonders in der Tschechoslowakei und Südtirol, abträglich. Sie hatten sich durch die Koalition mit den Christlichsozialen zu sehr die Hände binden lassen. Die Stimmen der von den Großdeutschen Abgefallenen dürften den Landbündlern und Sozialisten zugute gekommen sein.

Dem gegenüber hatte der stramm und in geschlossener Einheit marschierende, durch geminnungsverwandte Zuzüge aus andern Parteien verstärkte Austrosozialismus von vornherein bei der Wahl bedeutende Vorteile. Er trat mit einem klaren Programm des Festhaltens am Mieterschutz, der Fortführung seiner produktiven Fürsorge in der Form neuer Wohnbauten, der Ausgestaltung des Bäderwesens und der Wohltätigkeitsanstalten sowie der Schulreform auf den Plan. In Wien zumal glaubte man voll und ganz an diese Verprechungen, da dank der Steuerpolitik des Rathauses, der vielbefeindeten „Breitnererei“, die Gemeindefinanzen wohlbestellt und diese mit vorbildlicher Gewissenhaftigkeit verwaltet werden, indes sich eine Seeschlange von empörenden Korruptionsgeschichten unter den Augen der bisherigen Regierung im Laufe der letzten Jahre zum großen Schaden der Kassengebarung des Staates in nahezu ununterbrochener Folge aufrollte.

Es wäre unmöglich, bei solcher Lage der Dinge eine Voraussage über die zukünftigen Pfade zu machen, welche die neue Regierung beschreiten wird. Optimisten erwarten von dem Anschluß des Landbundes an die Regierung einen frischeren Zug in ihr, Schwarzseher befürchten wegen der stark auf rein agrarische Ziele eingestellten Landbündler einen baldigen Bruch der auf tönernen Füßen stehenden Koalition. Sie wollen erhöhte Schutzzölle für die Landwirtschaft, welche die bestehende, in Anbetracht der allgemeinen Not breiter Volksschichten straff gespannte Leuerung mehren müßten, die Industrie und die Arbeitnehmer wehren sich dagegen mit aller Macht. Dies und die Mietenfragen und all das, was den schon hoch genug hangenden Brotkorb der Enterbten des Glücks noch höher hängen will, rückt das Gespenst lärmender Obstruktion im Nationalrate auf die Bildfläche. Und welche Unmasse unmittelbarer Notwendigkeiten tritt heran! Die Fortsetzung der Elektrifikation der Bahnen, die Wiederherstellung des verwahrlosten Straßennetzes obenan. Man will, vorausgesetzt die Erlaubnis des Völkerbundesrates, eine neue langfristige Anleihe erzielen. Es ist unbekanntes Land, wohin das in Seenot schwankende Staatsschiff gelenkt wird. Ob die Genfer Wirtschaftskonferenz die Zollwälle um Österreich abzubauen vermag, wovon allein es abhängt, daß Österreich durch Hebung seines Exports lebensfähig gemacht wird, oder ob bloß von dorthin unfruchtbare „Ratschläge“ erfolgen, ob weiters das Versprechen der Staaten der Kleinen Entente in Joachimsthal, Österreichs Wirtschaft aufzuhelfen, zur Tat wird oder nur eine noble Geste zur Vermeidung der Debatte über die Anschlußfrage gewesen ist, wird die nächste Zukunft lehren.

Daß das so oft als „sterbend“ bezeichnete Wien nichtsdestoweniger einen starken Lebenswillen besitzt und nur darauf harret, seine Kräfte frei machen zu können, bekundet das frische Leben, das unmittelbar nach dem Wahlsturme in der Millionenstadt eingesezt hat. In bewundernswerter Eintracht

hat die Bevölkerung mit Ausschaltung allen Parteigezänkes die bis August angelegte Ausstellung „Wien und die Wiener“ im Messpalast in Szene gesetzt. Die reiche geschichtliche und kulturelle Vergangenheit, aber auch der rüstige Wiederaufbau aus dem Schutte der Kriegszeit wird hier in glänzender Aufmachung und in organischen Zusammenhängen aufgezeigt. Selbst der Himmel über Wien mit seinem ewigen Gang der Sternenwelt wird in einem Planetarium gezeigt, wie ein solches nur bisher im Münchener Deutschen Museum zu sehen war. Und am 4. Juni beginnen die zwei „Wiener Festwochen“, in denen Einheimische und fremde Gäste Gelegenheit haben, Wien als wiedergeborene Großstadt stark pulstenden Weltverkehrs, als Stätte historischer Sehenswürdigkeiten, als Theater- und Musikstadt, als Ausgangspunkt von Ausflügen in eine romantische Umgebung, als Schauplatz des Sports und als „grüne Insel“ der Gemütlichkeit und des Frohsinns gründlich kennen zu lernen. Auswärtigen Besuchern kommen Begünstigungen aller Art, so auf der Eisenbahn von der Grenze und zurück, zustatten. Der Fremdenverkehr des heurigen Sommers wird, wie zahlreiche Anmeldungen von Reisegesellschaften, selbst aus Amerika, vermuten lassen, außerordentlich lebhaft werden. Von den zahlreichen Besuchen, deren Ziel Wien in jüngster Zeit gewesen ist, war der bedeutendste der des Exekutivkomitees der „Internationalen Journalistenvereinigung“, das den Beschluß faßte, den ersten „Internationalen Journalistenkongreß“ im nächsten Jahre in Wien abzuhalten. Wien hat wahrlich seine Bedeutung als Zentrale der deutschen Ostmark wiedergewonnen.

Wien, Ende Mai 1927. A u s t r i a c u s.

Glückwünsche zu einem Jubiläum.

Am 27. April 1927 waren 25 Jahre verflossen, seit Aristide Briand französischer Deputierter wurde. Im Weltkrieg war er zweimal Ministerpräsident. Er setzte sich für das Salonikiunternehmen und die Verteidigung von Verdun besonders nachdrücklich ein. Sein Volk rechnet es ihm mit Recht zum hohen Verdienste an, dadurch den Deutschen und ihren Bundesgenossen großen Schaden zugefügt zu haben. Dies hinderte den jetzigen deutschen Außenminister Stresemann nicht, Briand zu seinem „an politischen Ehren reichen Leben“ zu beglückwünschen und die Hoffnung auszusprechen, daß sich Briand „noch viele Jahre einer fruchtbaren Tätigkeit erfreuen möge“. Muß die Mitgliedschaft im Völkerbundsrat wirklich mit einem solchen Mangel an Charakter verbunden sein! Bei einem französischen Staatsmann wäre er unmöglich.

Eugen Curti.

Kultur- und Zeitfragen

Gott-Natur.

Über Nacht ist sie gekommen, die viel besungene Zeit, wo die Erde wie ein einziges Blütenmeer daliegt, ein Tag strahlender wie der andere aufsteigt, die Nächte lau und duftschwer sind und es das menschliche Herz fast wie Wehmut beschleichen will ob der Pracht und Verschwendung, die es nicht zu fassen vermag. Selbst der winterliche Stubenhocker, der nichts weiß von der Lust winterlichen Wanderns durch den verschneiten Bergwald, dem Durst nach Sonne, der hinauf führt zum Kampf mit Sturm und Kälte auf Rämmen und Gräten, entdeckt jetzt etwas wie ein Bedürfnis nach „Natur“ in sich. Ist aber nicht unser Verhältnis zur Natur zugleich unser Verhältnis zur Welt, zu den ersten und letzten Dingen des Lebens überhaupt? So empfindet es auf jeden Fall Rudolf Hans Bartsch in seinem jüngsten Buch „Das Glück des